

Glaubwürdigkeit ist heute überall das stärkste Argument. Eben weil sie fehlt, wird sie in den Kleinstgruppen durch Mystik der Aktion, bis hin zur Gewalt, ersetzt.

Franz Kardinal König

Sich nicht vereinnahmen lassen

Einem aufmerksamen Besucher der letzten Katholiken- und Kirchentage dürfte kaum entgangen sein, mit welcher Regelmäßigkeit und Selbstverständlichkeit Redner oder Diskussionsteilnehmer Forderungen und Erwartungen an die Kirchen hinsichtlich ihres Engagements für gesellschaftliche Probleme äußerten. Nur zwei Beispiele: Merkte *Richard von Weizsäcker* in Berlin an, die Kirchen und ihre Theologen hätten sich in der geistigen Auseinandersetzung und Führung zurückgehalten, sie ließen sich nur zögernd auf das wachsende Bedürfnis nach einer neuen Bestimmung von Liebe und politischer Ordnung ein, so hatte *Erhard Eppler* in Nürnberg ein Jahr zuvor beklagt, daß die Kirche, obwohl sie zu den Grundfragen, die die Menschen heute stellen, mehr zu sagen hätte, als sie biete, zu zaghaft antworte.

Solche Äußerungen verweisen auf ein Phänomen, das im komplexen Beziehungsgefüge von Kirche und Gesellschaft in unserem Land nicht zu übersehen ist: Der Institution Kirche, deren Erosion ja trotz mancher Konsolidierungs- und Neubelebungsstendenzen nicht zum Stillstand gekommen ist, wird oft *überraschend viel zugetraut und zugemutet*. Das Spektrum reicht dabei von der abstrakten Ebene der Debatte über Grundwerte und ethische Zukunftsperspektiven über Fragen wie Energieversorgung, Umwelt, Frieden und Nord-Süd-Konflikt bis zu Teilproblemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Kirchen werden dabei von verschiedenen Seiten mit Erwartungen konfrontiert, die einerseits so verständlich sind, wie sie sie andererseits überfordern.

Erwartungen

Das ist sicher nicht nur ein Problem der letzten Jahre. *Hans Maier* schrieb in einem Rückblick auf die Lage der deutschen Kirche Ende der sechziger Jahre: „Im diffusen Chor der öffentlichen Meinungen schienen sich heftige, oft maßlose Kirchenkritik und ebenso leidenschaftliche

Erwartungen an eine neue, mit irdischen Hoffnungen gefüllte Kirche die Waage zu halten“ (Internationale katholische Zeitschrift 1974, S. 69). Demgegenüber hat sich inzwischen zwar etliches geändert: Die heftige, maßlose Kirchenkritik ist ebenso weitgehend verschwunden wie allzu leidenschaftliche Erwartungen an die Kirche in dem von Maier angezielten Sinn. Durchgehalten hat sich indes eine *beträchtliche öffentliche Begehrlichkeit* gegenüber der Kirche, die sich allerdings weniger in extremen Ausschlägen artikuliert. Vieles hat sich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit eingespielt, daneben werden auch mehr oder weniger deutlich Irritationen sichtbar. Im ganzen erleben wir eine Übergangssituation, die die Chance bietet, dem Problem auf den Grund zu kommen.

Der Ruf nach kirchlichen Stellungnahmen und Argumentationshilfen zu gesellschaftlich-politischen Grundfragen kommt nicht von ungefähr, er verweist vielmehr auf die Defizite, zu deren Behebung diese beitragen sollen. An erster Stelle ist hier das in der Grundwertedebatte immer wieder angesprochene *Defizit an allgemeinverbindlichen Sinngehalten* für das gesellschaftliche Zusammenleben zu nennen. An die Kirchen richtet sich vielfach die Erwartung, einem Sinnvakuum, das sie selber oft genug beklagt haben, durch Stabilisierung schwindender Werte und durch Sensibilisierung für ethische Grundfragen aufzuhelfen. Dazu kommt ein weiterer Punkt: Wenn Politik, wie oft beklagt, sich weitgehend in der mehr oder weniger geschickten Verwaltung des Bestehenden erschöpft, können die Kirchen – wenn auch nicht nur sie – als bevorzugter Anspruchspartner für alternative Zukunftsperspektiven erscheinen. Sie genießen vielfach mehr Vertrauen als andere gesellschaftliche Großinstitutionen, schließlich haben sie sich auch in den letzten Jahren trotz aller inneren Konflikte, unverkennbarer Krisen und Verluste auch an gesellschaftlichem Prestige als recht stabil erwiesen, ein Grund mehr dafür, sie als gewichtigen Faktor zu berücksichtigen und entsprechend zu fordern.

Hinter solchen durchaus verständlichen Erwartungen

verbergen sich allerdings teilweise eher *problematische Motive* oder Situationseinschätzungen. Oft kann man den Eindruck haben, als würden möglichst eindeutige kirchliche Stellungnahmen dazu verwendet, der jeweils eigenen politischen Position gleichsam die höheren Weihen zu erteilen und die gegnerische als ganz und gar unchristlich deklarieren zu können. Dafür gibt es vor allem in der Kernkraftdiskussion der letzten Jahre Belege genug. Politiker, Parteien und gesellschaftliche Gruppen sind auch nicht gegen die Versuchung gefeit, unbequeme und unpopuläre Aufgaben an die Kirchen zu verweisen; man denke nur an die Forderung, die Kirchen sollten sich um Bewußtseinsänderungen in bezug auf Entwicklungshilfe und -politik bemühen. Indem man die Kirchen lobt und zu neuen Initiativen auffordert, lenkt man gleichzeitig von der eigenen Verantwortung ab.

Dazu kommen unverkennbare Inkongruenzen: Einerseits sind einfache und eindeutige Äußerungen von kirchlicher Seite gefragt, andererseits ist der Vorwurf mangelnder Kompetenz oder Zuständigkeit im Fall weniger erwünschter Stellungnahmen oder Interventionen schnell bei der Hand. Schließlich zeigt sich in manchen Aufforderungen an die Kirchen, sich zu ethischen Grundfragen des politischen Lebens oder zu umstrittenen Einzelproblemen zu äußern, auch *Fehleinschätzungen* der Möglichkeiten der Institution Kirche bzw. ihrer inneren Eigengesetzlichkeiten: Man legt vielmehr die Kirchen bewußt oder unbewußt auf Lückenbüßerfunktionen fest, seien diese mehr auf dem Feld der Wertstabilisierung oder der Wertveränderung angesiedelt.

Spannungen

Das Engagement der Kirche in Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit entspringt nicht primär den skizzierten Erwartungen von außen, so sehr es mit ihnen oft auch in eins gehen mag, als vielmehr ihrem eigenen Auftrag. Gerade deshalb ist es unerlässlich, daß immer wieder selbstkritisch gefragt wird, ob oder wie weit die jeweils eingespielte Praxis dieses Engagements dem eigentlichen Auftrag im Blick auf die faktischen Möglichkeiten seiner Konkretisierung entspricht. Das Bild, das sich hier gegenwärtig bietet, ist nicht einheitlich, sondern eher durch das *Neben- und Ineinander verschiedener Trends* gekennzeichnet. Einerseits reißt die Folge öffentlicher kirchlicher Stellungnahmen zu aktuellen wie zu mehr grundsätzlichen gesellschaftlich-politischen Fragen nicht ab. Andererseits sind aber auch Anzeichen einer gewissen Skepsis hinsichtlich Sinn und Wirksamkeit solcher Äußerungen nicht zu übersehen, besonders im evangelischen Bereich, wo die Polarisierung hinsichtlich gesellschaftspolitischer Optionen und das Drängen einzelner Gruppen auf eindeutige Stellungnahmen in der Vergangenheit mehr als beim katholischen Partner Wunden geschlagen hat.

Die Kirchen stehen unter einem *mehrfachen Erwartungsdruck*: Nicht nur auf Katholiken- und Kirchentagen wer-

den vor allem von der Jugend vielfach mit großer Vehemenz klare kirchliche Äußerungen zu den großen Gegenwartsproblemen eingefordert, oft ohne viel Verständnis für die abwehrende Berufung auf Sachgesetzlichkeiten oder die Eigenart politischer Entscheidungsmechanismen. Daneben stehen aber die Erwartungen derer, die von der Kirche gerade die Respektierung solcher Eigengesetzlichkeiten verlangen und sie der Vernachlässigung ihrer ureigenen seelsorgerlichen Aufgaben zeihen.

Kein Wunder, daß die *öffentliche Rhetorik* der Kirchen von solchen Spannungen nicht unberührt bleiben kann. Der Versuch, Sachkompetenz in diffizilen Einzelfragen mit den vom Evangelium oder von Grundpostulaten christlicher Ethik her begründeten Engagement beispielsweise für Frieden oder Gerechtigkeit zu verbinden, geht selten glatt auf. Dahinter steckt letztlich ein Grundproblem, das kirchliches Reden zu gesellschaftlich-politischen Fragen in unseren Verhältnissen kennzeichnet und das gleichermaßen mit dem Status der Kirchen in diesem Land, mit ihrer volksskirchlichen Struktur wie mit der Komplexität der Fragen zu tun hat, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen und wollen. Mag in anderen Erdteilen die Verbindung zwischen genuin christlichem Impetus und gesellschaftspolitischen Grundoptionen aus der Situation heraus sich unmittelbarer aufdrängen, die Kirchen in der Bundesrepublik sehen sich hier einer weit weniger eindeutigen Problemkonstellation gegenüber: es gibt *kein Patentrezept* dafür, wie die Kirchen ihre Anliegen angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den daraus resultierenden Erwartungen überzeugend und wirkungsvoll zur Geltung bringen können, ohne entweder ihre Kompetenz zu überschreiten, ihre Autorität überstrapazieren oder falsche Hoffnungen zu wecken. Vielmehr sitzt die Kirche, genauer gesehen, zwischen den Stühlen – und das wohl unausweichlich.

Das läßt sich exemplarisch an einem Bereich zeigen, in dem die deutschen Kirchen seit längerer Zeit besonders stark engagiert sind und wo ihr Einsatz auch immer wieder anerkannt und gelobt wurde: die *Entwicklungspolitik*. Hier sind die Kirchen gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen engagiert: einmal als loyaler, wenn auch nicht unkritischer Partner der staatlichen Entwicklungspolitik, gleichzeitig aber auch mit Appellen zur Überwindung der Not der Dritten Welt, die weder von eigenen Maßnahmen noch gar von der staatlichen entwicklungspolitischen Strategie wirklich einzulösen sind; vielen auf diesem Feld engagierten Christen werden die Spannungen, die sich hieraus ergeben, immer wieder deutlich. Ließe sich die Kirche – wie gegenwärtig oft gefordert – intensiver auf die Fragen von Frieden und Abrüstung ein, wären analoge Probleme im Spannungsfeld zwischen Appellen, den faktischen politischen Möglichkeiten und der kaum mehr überschaubaren Komplexität der berührten Sachfragen und damit auch ein entsprechender Ansehensverlust der Kirche unvermeidlich.

Aus diesen Schwierigkeiten gibt es – sieht man einmal davon ab, daß sich in jedem Fall Besonnenheit und kluges

Abwägen empfehlen – keinen einfachen Ausweg. Es hängt allerdings schon viel davon ab, daß sich die Kirchen ihnen bewußt stellen und sie nicht zu überspielen oder zu überdecken versuchen. Das erfordert *Ehrlichkeit* sowohl gegenüber den eigenen Gläubigen, besonders auch einzelnen Pressure-Gruppen wie gegenüber den Erwartungen von außen, an deren Entstehung sie ja auch selber nicht unschuldig sind.

Zwar zeichnen sich gegenwärtig in den Kirchen Ansätze oder Entwicklungen ab, die explizit oder auch mehr implizit auf eine *Entflechtung dieses gordischen Knotens* zielen: gegenüber ihrer Stimmigkeit und Angemessenheit sind aber Zweifel angebracht. Dabei ist nicht primär an Tendenzen einer einseitig-totalen Politisierung der Kirchen zu denken, die in der aktuellen Diskussion kaum Anhänger finden. Vielmehr kann man hier zum einen die von *Johann Baptist Metz* auf dem Katholikentag vorgetragene Konzeption des Übergangs von der bürgerlichen Service- zur nachbürgerlichen Basiskirche nennen: Hinter einem solchen Entwurf steckt neben dem eigentlichen theologischen Impetus auch die Hoffnung auf eine Kirche, die entschiedener, kompromißloser und eindeutiger von christlichen Grundforderungen aus gesellschaftliche Strukturkritik vertritt. Auf einen Ausschlag des Pendels in die andere Richtung verweist dagegen das eher von protestantischen Theologen oder Kirchenführern angesichts der Schwierigkeiten mit politischen Stellungnahmen der Kirche angeführte Argument, der entscheidende und wichtigste Dienst der Kirche an der Gesellschaft und gegenüber der Öffentlichkeit sei es, die Botschaft von der Rechtfertigung des Sünders jenseits aller menschlichen Leistung zu verkündigen. Hier ist die Gefahr einer teilweise resignativ anmutenden Engführung nicht auszuschließen.

Auch das den einschlägigen Äußerungen Papst Johannes Pauls II. zugrundeliegende Modell einer theologischen Begründung des weltlich-politischen Engagements der Kirche, verschiedentlich als eine neue „politische Theologie“ des Paptes begrüßt und analysiert, hat seine Schwierigkeiten: Sosehr der Versuch imponiert, das Engagement der Kirche für die großen Menschheitsprobleme mit ihrem ungeschmälerten geistlichen Auftrag gleichermaßen zu verbinden wie beides noch einmal klar voneinander abzugrenzen, so sehr können durch eine solche Konzeption auch Hoffnungen geweckt werden, die sie dann im kirchlich-politischen Alltag nur schwer oder gar nicht einlösen kann.

Aufgaben

Sicher kann die Kirche auf keines der genannten Anliegen bei der Wahrnehmung ihres Auftrags gegenüber der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und bei der Abwägung von Notwendigkeit und Sinn einschlägiger Stellungnahmen verzichten: Sie braucht das Bemühen um gesellschaftskritische Grundoptionen genauso wie die ständige Erinnerung an ihr Proprium oder den Versuch, Leitlinien für die

Verbindung von Heilssendung und Weltauftrag zu entwerfen. Nur läßt sich eben auch keines der Anliegen isoliert durchhalten, ohne daß letztlich das Zeugnis der Kirche Schaden leidet

Die Kirche kann sich also weder den vielfältigen Erwartungen und den komplexen Problemen, auf die sie damit angesprochen wird, einfach *entziehen*, noch darf sie sich ihnen *ausliefern* und sich dadurch *vereinnahmen lassen*. Sie soll die konkreten Schwierigkeiten weder durch eine zu harmonisierende Synthese noch durch zu vorschnelle Parteinahme verdecken. Sie tut der Gesellschaft vor allem dann einen wirklichen Dienst, wenn sie jeweils *Zielrichtung, Motiv und Zweck* ihrer öffentlichen Stellungnahmen deutlich macht. Dazu gehört dann auch das Bemühen um möglichst hohe sachliche Kompetenz, wo immer es erforderlich ist, bzw. auch der Verzicht auf ein Votum, wo es schon vorliegende Stellungnahmen anderer Gruppen nur verdoppeln würde oder wo der Konnex zum spezifischen Auftrag der Kirche nur schwer zu erkennen ist. Andererseits ist auch mit appellativen Vereinfachungen, so verständlich sie oft sein mögen, niemand wirklich gedient; ihr unaufgebbares prophetisches Amt muß sich die Kirche für die Fälle aufsparen, in denen es wirklich gefordert ist. Es braucht auch die Ehrlichkeit einzugestehen, als Kirche selbst zu entscheidenden Fragen nichts Eindeutiges und Hilfreiches sagen bzw. nur allgemeine ethische Postulate in die Diskussion einbringen zu können, die Spielraum für die konkrete Umsetzung offenlassen.

Die Kirchen befinden sich damit zwar in einer *unbequemen Position*: Der Vorwurf, sie bemühten sich zu wenig um rationale Sachargumentation oder respektierten wirtschaftliche und politische Eigengesetzlichkeiten nicht genügend, ist genauso schnell bei der Hand wie der, sie wichen klaren Stellungnahmen aus und machten ihre Botschaft damit unzulässigerweise mit zu unterschiedlichen Positionen kompatibel. Andererseits liegen gerade in dieser Situation auch Chancen: Die Kirchen können ein Forum bieten, auf dem nicht nur *Sachauseinandersetzungen* offen ausgetragen und *unbequeme Fragen* eingebracht und Tabus angesprochen werden können, sondern wo auch die immer neue *Vermittlung der religiös-ethisch-politischen Argumentationsebenen* versucht werden kann. Sie können auch zeichenhafte Initiativen im eigenen Bereich ermuntern und unterstützen, ohne sich als Institution auf die entsprechenden Postulate festlegen zu müssen. Konflikte sowohl innerhalb der Kirche wie auch mit verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen sind dabei nie zu vermeiden.

Je mehr die Kirchen darum bemüht sind, sich unangemessenen Begehrlichkeiten zu entziehen und zu überzogenen Erwartungen gleich von welcher Seite möglichst wenig Anlaß geben, kann ihr gesellschaftliches Engagement an Glaubwürdigkeit gewinnen: Gelegenheiten und Themen dafür gibt es auch bei selbstkritischer Beschränkung und gesunder Skepsis gegenüber den eigenen Möglichkeiten genug. Es braucht dazu allerdings auch ein gewisses Maß an Phantasie und Bereitschaft, über den Tellerrand liebe-

wonnener gesellschaftspolitischer Optionen oder Besorgnisse beispielsweise in Richtung Wertzerfall hinauszublikken, ohne diese deswegen aufgeben zu müssen. Schließlich darf eines nicht vergessen werden: Die gegenwärtig in beiden großen Kirchen zu beobachtenden Tendenzen in Richtung einer inneren Konsolidierung und stärkeren spi-

rituellen Konzentration können bei allen ihren problematischen Konsequenzen und Begleiterscheinungen eine wichtige und hilfreiche Voraussetzung dafür sein, daß die Kirche sich darum bemüht, der Gesellschaft primär den Dienst zu erweisen, für den sie eigentlich da ist.

Ulrich Ruh

Vorgänge

Priestermangel: Leitlinien aus Rom

Am 22. Juli wurde ein vom 25. März dieses Jahres datiertes Dokument der römischen Kongregation für den Klerus mit dem Titel „Leitlinien für die Förderung der Zusammenarbeit der Teilkirchen und besonders für eine bessere Verteilung des Klerus in der Welt“ veröffentlicht. Der umfangreiche Text verknüpft zwei Problemkreise miteinander: Die Kleruskongregation bemüht sich zum einen darum, die Verantwortung jedes einzelnen Christen und jeder Ortskirche für den Grundauftrag der Kirche zur Evangelisierung und Mission herauszustellen, und geht in diesem Kontext dann das dornige Problem des weltweit immer stärker spürbaren Priestermangels an. Wie schon im Titel angedeutet, steht dabei als Weg zur Entschärfung des Priestermangels eine bessere Verteilung der Priester im Mittelpunkt.

Das Dokument erinnert Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien eindringlich daran, daß sie jeweils auf ihre spezifische Weise nicht nur für ihre eigene Diözese oder Gemeinde, sondern *für die Weltkirche verantwortlich* seien: „Alle Glieder der Kirche, seien sie Hirten, Laien oder Ordensleute, haben auf je eigene Weise am missionarischen Wesen der Kirche Anteil.“ Das größte Hindernis für die Erfüllung des Auftrags Christi, so das Dokument weiter, sei allerdings der *besorgniserregende Priestermangel*. In einem statistischen Teil werden die bekannten Zahlen angeführt, nach denen in Europa und Nordamerika 77,2% der

Priester für 45% der Katholiken zur Verfügung stehen, während sich Lateinamerika und die Philippinen mit ebenfalls 45% der Katholiken der Welt mit 12,62% der Priester begnügen müssen.

Angesichts solcher Zahlen werde Priestermangel zu einem relativen Begriff: Eigene Schwierigkeiten dürften die noch besser mit Priestern versorgten Ortskirchen nicht davon abhalten, mit Diözesen zu teilen, in denen die Not dringender sei. Das Dokument erinnert in diesem Zusammenhang an das Vorbild der Urkirche, deren Gemeinden auch dann Missionare ausgesandt hätten, wenn die eigene Missionierung noch nicht abgeschlossen gewesen sei.

Auf diesem Hintergrund werden „Aufgaben und Pflichten der Ortskirchen“ behandelt, die sich nicht nur auf ihre eigenen Probleme konzentrieren dürften. Der wechselseitige Austausch mache nicht nur die gebende, sondern auch die Geberkirche reicher. Die größte Hilfe könne, so das Dokument, durch die Entsendung von Priestern in die Diözesen geleistet werden, die darauf besonders angewiesen seien. Als Voraussetzung dafür wird von den Geberkirchen eine *Neuordnung der kirchlichen Strukturen* gefordert, die zu einer besseren internen Verteilung des Klerus führen solle. Es gebe neben überlasteten immer noch Priestern, die über Mangel an Arbeit klagten. Gefordert werden als weitere Maßnahmen eine bessere Zusammenarbeit von

Welt- und Ordensklerus sowie der Einsatz der Laien in der Pastoral.

Um sowohl die Verteilung der Priester in der jeweiligen Teilkirche wie auch den Einsatz von Priestern in fremden Diözesen und in den Missionsgebieten zu koordinieren und in die Wege zu leiten, solle jede Bischofskonferenz *zwei Kommissionen* bilden: eine für die bessere Verteilung des Klerus, die andere für die Missionen. Eine enge Zusammenarbeit oder sogar eine Zusammenlegung beider Kommissionen sei sinnvoll. Der letzte Hauptteil des Dokuments gibt konkrete Hinweise zu den Modalitäten des vorgeschlagenen Priesteraustauschs; es wird Wert auf eine sorgfältige Vorbereitung der Priester und auf ihre Einfügung in die Ortskirche gelegt, in deren Pastoral sie zusammen mit dem einheimischen Klerus tätig sind.

Das römische Dokument verweist ausdrücklich auf ermutigende Erfahrungen, die schon bisher mit der Entsendung von Priestern in besonders priesterarme Teilkirchen gemacht wurden, und beruft sich auf *frühere Dokumente*. Das Zweite Vatikanum hatte in seinem Missionsdekret gefordert, daß „die Bischöfe in Anbetracht des großen Mangels an Priestern, durch den die Evangelisierung vieler Gebiete gehemmt wird, einige ihrer besten Priester... in Diözesen schicken, denen es an Klerus fehlt“ (AG 38), und dabei auf die Enzyklika „Fidei donum“ Pius' XII. von 1957 hingewiesen. In dieser der Afrika-Mission gewidmeten Enzyklika (vgl. HK, Juli 1957, 474–480) hatte der Papst angeordnet, daß sich Priester anderer Diöze-